

Einführung

Einem Napoleon Bonaparte zugeschriebenem Ausspruch zufolge war das Credo des NS-Staates wie auch der SED-Diktatur: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“¹ In ihrem Bestreben nach Aufrechterhaltung ideologischer Hegemonie betreiben totalitäre Systeme ohne Zweifel einen enormen Aufwand, um Kinder und Jugendliche für sich zu gewinnen. Ihre Zustimmung und Loyalität zu erlangen bedeutet Herrschaft in der Gegenwart zu legitimieren und für die Zukunft abzusichern. Hinzu kommt, dass sich die Autokratien des 20. Jahrhunderts nahezu sämtlich als neue, moderne Kräfte präsentierten, die verkrustete institutionelle, ökonomische und soziale Strukturen aufzubrechen oder grundsätzlich neu zu gestalten versprochen. Obwohl die DDR nahezu durchgehend, und nicht nur auf der Führungsebene, an personeller Überalterung krankte, waren in ihrer Selbstbeschreibung – ebenso wie schon in der „Weltanschauung“ der NS-Diktatur – ideologische Formeln von Jugendlichkeit omnipräsent: Die alte Gesellschaftsordnung sollte überwunden, eine neue Ordnung durch jugendliche Gestaltungskraft zur Entfaltung gebracht werden.² „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“, das ist unsere, die bessere Welt“, ließ Erich Honecker noch Anfang Oktober 1989, wenige Wochen vor dem Zusammenbruch der DDR, verlautbaren – taub gegenüber den Forderungen der zeitgleich protestierenden Demonstranten.³

Vergleichsuntersuchungen zur Jugendpolitik und zu Jugendorganisationen in den Ideokratien des 20. Jahrhunderts liegen nicht vor. Allenfalls einige wenige Dissertationen haben sich bislang Einzelaspekten totalitärer Jugendpolitik aus vergleichender Perspektive gewidmet.⁴ Dies ist durchaus erstaunlich, hat doch der Autokratievergleich in den letzten Jahren neuen Auftrieb erhalten, und dies nicht nur in den Politikwissenschaften. Systematische internationale Untersuchungen zu den kommunistischen Staaten des 20. Jahrhunderts liegen mittlerweile zahlreich vor. Auch in der NS- und Faschismus-Forschung ermöglichen vergleichende Perspektiven neuerdings wieder Impulse für innovative Studien. Eine zusammenführende Analyse von Jugend und Jugendpolitik in beiden Autokratien Deutschlands scheint auf diesem Hintergrund vielversprechend. Gründe für solch einen Ansatz sind zahlreich vorhanden, denn mit ihrem Bestreben nach

1 Veronika Wabnitz, Rezension zu: Charles B. Lansing, *Nazism to Communism. German Schoolteachers under Two Dictatorships*, Cambridge 2010. In: *H-Soz-Kult* v. 23.2.2011.

2 Vgl. Christian Götz, *Ist die DDR ein Staat der Jugend?* In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 19 (1968) 1, S. 27–42.

3 *Festansprachen zum 40. Jahrestag der DDR*. In: *Neues Deutschland* v. 9.10.1989.

4 Hier z.B. Arne Ramm, *Nationalsozialistische Volksgemeinschaft und sozialistische Menschengemeinschaft. Wertvorstellungen von HJ und FDJ im Spiegel ihrer Zeitschriften*, Kiel 2009; vgl. außerdem Anne Neunzig, *Staatsjugendorganisationen – Ein Traum der Herrschenden. Hitlerjugend/Bund Deutscher Mädchen und Freie Deutsche Jugend im Vergleich*, Leipzig 2014.

Utopie-Verwirklichung richten gerade Ideokratien ihre Anstrengungen in besonderem Maße auf die Jugenderziehung, um Heranwachsende als Akteure bei der gesellschaftlichen Umgestaltung aktiv miteinzubeziehen.⁵

Parallelitäten finden sich in Bezug auf NS- und SED-Diktatur demgemäß viele: bei Mobilisations- und Vereinnahmungsstrategien, in Bezug auf Ausgrenzung und Stigmatisierung sowie in den staatlichen Konzepten jugendlicher Vergemeinschaftung. Wer regionale und lokale Archivunterlagen sichtet, stößt selbst in kleinsten räumlichen Zusammenhängen auf zunächst unscheinbare, aber interessante Kontinuitäten: So wurde z. B. aus dem nationalsozialistischen „Haus der Jugend“ nach 1945 mancherorts unversehens ein „Stalin-Heim“, in dem – freilich unter anderem ideologischen Vorzeichen – nicht selten dieselben Kinder und Jugendlichen zur Politik angeleitet wurden. War das tatsächlich ein, wie die KPD/SED vollmundig bekundete, antifaschistischer Neuanfang? In solchen Kontexten muss daran erinnert werden, dass lebensweltliche Prägungen der Jahre 1933–1945 nicht einfach verschwanden, sondern die Jugendarbeit in der DDR vielfach weiterhin beeinflussten. Eine BDM-Angehörige aus Dresden, die sich später aus ernsthafter pazifistischer Überzeugung zunächst für die Jungen Pioniere und dann für die FDJ engagierte, berichtete dem Verfasser, dass sie diesen Erfahrungsfundus ganz selbstverständlich in die DDR-Jugendarbeit eingebracht habe: „Natürlich haben wir vieles, was wir in der Hitlerjugend gemacht haben, auch bei der FDJ getan. Das waren schöne Dinge, und die wollten wir weitergeben.“ Biographien liefen nicht nur auf der untersten Ebene der staatlichen Jugendorganisation(en) fort. Schon im September 1945 war von Heinz Keßler die Forderung nach einer Kampagne formuliert worden, mit der ehemalige Hitlerjungen und BDM-Mädchen in führende Funktionen der FDJ-Jugendausschüsse befördert werden sollten.⁶ Das vermeintliche Erfolgsmodell „Hitlerjugend“ hatten DDR-Funktionäre beim Aufbau der eigenen Jugendarbeit von Beginn an im Blick. Süffisant wies *Der Spiegel* unter dem Titel „das Gute übernommen“ im März 1951 auf den Wechsel ehemaliger HJ-Funktionäre in die DDR-Jugendarbeit hin; die ehemalige BDM-Kulturreferentin Sonja Klinsch beispielsweise war für denselben Aufgabenbereich in den Zentralrat der FDJ rekrutiert worden. Dass die DDR-Jugendorganisation jener des NS-Staates zumindest auf den ersten Anschein ähnelte, bemerkten schon die Zeitgenossen. Der ehemalige Hamburger HJ-Oberbannführer Wilhelm Jurzek soll nach der Teilnahme an einem FDJ-Pfingstmarsch begeistert konstatiert haben: „Das ist ja die alte HJ, nur im blauen Hemd. Sie haben unsere Trommeln, Fanfaren und Märsche übernommen und sind genauso wie wir einst begeistert.“⁷ So gibt es

5 Vgl. zum Ideokratien-Konzept Uwe Backes/Steffen Kailitz, Einleitung. In: dies (Hg.), *Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression*, Göttingen 2014, S. 7–17.

6 Peter Skyba, *Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Bd. 10), Köln 2000, S. 45.

7 *Das Gute übernommen*. In: *Der Spiegel* vom 27.3.1951, S. 6–8, hier 6.

gute Gründe, sich beiden Jugendorganisationen in vergleichender Perspektive zu widmen; sie betreffen Personalien, Lebenswege, Erziehungsmethoden und die Kultur oder organisatorische Strukturen.

Das vorliegende Heft soll Forscherinnen und Forscher zu vergleichenden Fragestellungen ermutigen. Die Beiträge zur Hitlerjugend (André Postert) und zur FDJ (Peter Skyba) stellen die Entwicklung der monopolistischen Jugendorganisationen beider Ideokratien ins Zentrum. HJ wie FDJ traten mit einem Totalitätsanspruch auf. Sie akzeptierten keine Konkurrenz, versuchten den Einfluss traditioneller Erziehungsautoritäten wie Familie oder Kirche zurückzudrängen und bedienten sich zur Beeinflussung der Jugend einer breiten Palette propagandistischer Techniken: kollektive Massen-Inszenierungen, Gemeinschaftserlebnis durch Lesen, Sport, Fackelzüge und Gesang in Jugendheimen oder bei Großtreffen, Partizipations- und soziale Aufstiegsangebote für Mitglieder bei gleichzeitiger Stigmatisierung, Verfolgung und sozialer Benachteiligung Außenstehender. Im Blick auf Ideologie und Praxis der Vergemeinschaftung gibt es natürlich substantielle Unterschiede zu beachten: Die NS-Jugendorganisation versuchte, wie Kathrin Kollmeier in ihrem Beitrag zeigt, eine „Volksgemeinschaft“ im Kleinen zu sein, die in ihrer sozialen Praxis den biopolitischen und rassistischen Prinzipien der NS-„Weltanschauung“ folgte. Die FDJ setzte sich demgegenüber zum Ziel, mit „klassenmäßiger Erziehung“ die Ausbildung „sozialistischer Persönlichkeiten“ zu erreichen.⁸ Daran anknüpfend widmet sich Hagen Stöckmann in einem erhellenden Beitrag dem Missverhältnis von Anspruch und Realität politischer Kadenschulung in beiden Diktaturen.

Auch bei den Mobilisationsstrategien gingen beide Regime durchaus unterschiedlich vor: Während das NS-Regime nach 1939 die HJ-Mitgliedschaft gesetzlich zur Pflicht machte, hielt die DDR am Prinzip eines indirekten sozialen Anpassungsdrucks durch Benachteiligung der Nicht-Mitglieder bis zuletzt fest. Gegenüber besorgten Eltern betonten DDR-Funktionäre früh, dass die FDJ, ganz anders als die Hitlerjugend, ohne gesetzlichen Zwang auskomme; freilich verschwieg man hier, dass die HJ zumindest bis 1939 ebenfalls mit dem Prinzip der Freiwilligkeit argumentiert hatte.⁹ Paradoxe Weise besaß die FDJ trotz ihres bis zum Ende der DDR aufrechterhaltenen „Freiwilligkeitsprinzips“ intensivere Zugriffsmöglichkeiten, da sie in sämtlichen Lebensbereichen – bis hin zur Universität – die Zeit und das Engagement ihrer Mitglieder ständig in Anspruch nahm. Der HJ standen bis zuletzt zwei Wochentage zur Verfügung, und ihr Eindringen in die Schulen blieb, obwohl sie zunehmend Erfolge verbuchten konnte, keines-

8 Vgl. Peter Helmberger, Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR (Forum deutsche Geschichte Bd. 16), München 2008, S. 47–79.

9 Sabine Andresen, Die sozialistische Kindheit in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Meike S. Baader/Florian Eßer/Wolfgang Schröder (Hg.), Kindheiten in der Moderne. Eine Geschichte der Sorge, Frankfurt a. M. 2014, S. 391–414, hier 402 f.

falls unumstritten.¹⁰ Doch besaß die FDJ mehr politische Beeinflussungsmöglichkeiten, nur weil sie im Alltag ihrer eigenen Mitglieder zumindest auf den ersten Blick stärker verankert war? Das darf bezweifelt werden. Beide Jugendorganisationen waren mit überraschend ähnlichen Problemkonstellationen konfrontiert, die ihrem Totalitätsanspruch entgegenstanden: „Der Anspruch, möglichst alle Kinder und Jugendlichen im entsprechenden Alter in den Staatsjugendorganisationen zu erziehen, um eine einheitliche Vermittlung der Staatsparteidoktrin zu gewährleisten, konnte also nie vollständig verwirklicht werden“, konstatierte jüngst Anne Neunzig in einem ersten Vergleichsversuch.¹¹

Das NS-Regime wie auch die DDR beobachteten abweichendes Jugendverhalten sehr genau und mit viel Misstrauen. Mark Fenemore und Florian Lipp zeigen vor diesem Hintergrund, wie das SED-Regime mit z. T. wechselnden Strategien auf widerständige bzw. nonkonforme Jugendkulturen reagierte. Dabei wird auf der Grundlage bisheriger Studien der vielleicht gravierendste Unterschied auffällig: Das NS-Regime hatte, obwohl seine Funktionäre früh mit allen Machtmitteln gegen politisch konkurrierende Jugendorganisationen vorgegangen waren, lange auf die Anziehungskraft der eigenen „Weltanschauung“ vertraut und sozialen Anpassungsdruck indirekt – durch Stigmatisierung und berufliche Benachteiligung – ausgeübt. Auf abweichendes Jugendverhalten reagierte der NS-Staat in der Kriegszeit mit einer Verschärfung juristischer und repressiver Instrumente wie verstärktem HJ-Streifendienst, Jugendarrest oder Deportation „verwahrloster“ jugendlicher in Jugend-Konzentrationslager. Solche und ähnliche Maßnahmen kamen seit 1939 immer rücksichtsloser und willkürlicher zum Einsatz. Für die DDR-Jugendpolitik scheint sich demgegenüber ein umgekehrter Weg konstatieren zu lassen: In den 1950er und 1960er Jahren verfolgte das SED-Regime eine Politik scharfer Sanktionen, Verbote und Repressionen, um in der Phase innenpolitischer Destabilisierung und jugendlicher Individualisierung in den 1980er Jahren vermehrt, aber ohne große Erfolge, mit Zugeständnissen sowie Integrations- und Unterhaltungsangeboten an subkulturelle Jugendliche zu reagieren.¹²

Beide Ideokratien haben es aber letztlich kaum vermocht, ihre Utopien in der Jugend zu verankern. Ihre Jugendorganisationen konnten junge Menschen beeinflussen, Lebenswege vorzeichnen, prägen oder verstellen; aber sie hatten sich zugleich zu bürokratischen Apparaten ausgewachsen, deren Attraktion auffällig abnahm und deren Mobilisationskraft an Grenzen stieß. Weder waren sie ihrem eigenen Anspruch auf totale Jugenderfassung gewachsen, noch wurden sie den überbordenden Propaganda-Inszenierungen ihrer Regime vollends gerecht. Auch die wichtige Frage, ob die staatlichen Jugendorganisationen ihre Mitglieder

10 Neunzig, Traum der Herrschenden, S. 302–304; Kathrin Kollmeier, Ordnung und Ausgrenzung. Die Disziplinarpolitik der Hitler-Jugend (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 180), Göttingen 2007, S. 53–85; Klönne, Jugend im Dritten Reich, S. 52–57.

11 Ebd. S. 312.

12 Helmberger, Blauhemd und Kugelkreuz, S. 301–304; Ulrich Mählert, FDJ 1946–1989, Erfurt 2001, S. 79–90; ders., Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949, Paderborn 1995.

tatsächlich für die Zukunft nachhaltig und erfolgreich prägten, sollte man nicht vorschnell beantworten. Die amerikanische Militäradministration zeigte sich auf der Basis einer Studie, die sich mit der Entnazifizierung von Kindern und Jugendlichen beschäftigte, überraschenderweise bereits im Mai 1946 verhalten, aber in der Tendenz recht optimistisch: „Its purpose was to evaluate the effectiveness of the Information Control and Education program of Military Government in the reeducation of German youth and in its more positive results it showed that of the 134 youngsters who participated only 50 demonstrated attitudes which were still unmistakably Nazi. [...] Reeducation of German youth, the survey suggests, has resulted in creating in its minds full knowledge of the failure of Nazism, but has not yet replaced this with an understanding of or belief in democracy.”¹³ Und was die FDJ anbelangt, wird vermutlich kaum jemand in der Rückschau auf die 1990er Jahre ihr Erbe überbewerten wollen. Sie fristet heute am Rande des politischen Systems, arm an Mitgliedern und von allen Parteien verschmäht, ein Schattendasein in der DDR-Nostalgie.

Mit den vorliegenden Beiträgen werden ein Überblick zum aktuellen Forschungsstand und Ansätze für Vergleiche geboten, ohne diese jedoch im Einzelnen systematisch ziehen zu können. Letzteres bleibt zukünftigen Studien vorbehalten. In den Politik-, Sozial- und Geschichtswissenschaften gilt der Vergleich als eine der wichtigsten Methoden, um Spezifika, Differenzen oder strukturelle Gemeinsamkeiten politischer Systeme ausfindig zu machen. Das ist die Grundlage für jede Typenbildung. Fragt man nach der Jugendpolitik und den Organisationsmodellen autokratischer Staaten, so bietet sich der Vergleich von NS-Staat und DDR schon aufgrund der eingangs erwähnten Kontinuitätslinien an. Die Forschung braucht hier jedoch nicht stehen zu bleiben. Eine Gesamtdarstellung der Jugendpolitik in den Autokratien des 20. Jahrhunderts liegt längst noch nicht vor. Dabei wäre ein internationaler Vergleich beispielsweise der 1926 gegründeten *Balilla* – ab 1936: *Gioventù Italiana del Littorio* – im faschistischen Italien,¹⁴ der *Frente de Juventudes* in der spanischen Franco-Diktatur, der wohl kaum erforschten *Mocidade Portuguesa* des „Estado Novo“ oder der Jugendorganisationen in den kommunistischen Ostblockstaaten ein überaus ertragreiches Unternehmen. Diese Organisationen verfolgten, wenn auch mit unterschiedlicher ideologischer Verhüllung, sämtlich das gleiche Ziel: die eigene Jugend dem Staate und seiner Führung dienstbar zu machen, um Herrschaft und Staatsideologie für die Zukunft abzusichern. Es ist an der Zeit, die Jugendpolitik autokratischer Staaten in vergleichender Perspektive auf den Prüfstand zu stellen.

André Postert

13 Youth – The Big Problem in Germany. In: Military Government (Hg.), Weekly Information Bulletin, (1946) 40 v. 6.5.1946, S. 12–16, hier 12.

14 Ein Vergleich liegt hier vor: Ute Schleimer, Die Opera Nazionale Balilla bzw. Gioventù Italiana del Littorio und die Hitlerjugend. Eine vergleichende Darstellung (Internationale Hochschulschriften, Bd. 435), Münster 2004.